

Telegramme

MeisterPOWER: Online-Voting zum Computerspielpreis

MeisterPOWER, die Lernsoftware des baden-württembergischen Handwerks, ist einer der drei Kandidaten in der Kategorie „Bestes Serious Game“ zum Deutschen Computerspielpreis 2018. Der Handwerks-tag freut sich über jede Stimme in der Online-Abstimmung, die bis 6. April läuft!

www.bwhd.de/computerspielpreis

SPD-Mitgliederentscheid: Jetzt einen Blitzstart hinlegen

„Jeder weiß, dass Deutschland mehr denn je gefordert ist. Ich bin deshalb froh, dass das Spektakel ein Ende hat“, sagte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold zum SPD-Mitgliederentscheid. Bildung, Digitalisierung, Energiewende, Steuerpolitik – es gebe viel anzupacken für die Koalitionäre. Sie müssten jetzt einen Blitzstart hinlegen und sollten jedenfalls nicht auf den Osterhasen mit dem Überraschungsei warten. Das Handwerk sehe allerdings mehr Schatten als Licht im Koalitionsvertrag, zeigte sich Reichhold skeptisch. Die Steuerpolitik verspreche keine Entlastungen für Betriebe und bleibe im Ungefähren. In der Sozialpolitik befürchte er höhere Lohnzusatzkosten und regulatorischen Mehraufwand. Am ehesten erwarte er einen Aufbruch in der Bildungspolitik. Jetzt bleibe zu hoffen, dass sich die Koalition vor schwierigen Entscheidungen nicht drücke und ihrer Verantwortung gerecht werde.

Bürokratienabbau: Verbesserungen bei Schwellenwerten in Sicht

Der Baden-Württembergische Handwerks-tag und der Normenkontrollrat Baden-Württemberg haben das Thema Schwellenwerte im Arbeits- und Sozialrecht sowie in der amtlichen Statistik diskutiert. Zwar sieht es das Handwerk als sinnvoll an, Kleinbetriebe von bestimmten Regelungen auszunehmen. Dennoch stellen die vielen unterschiedlichen Schwellenwerte Unternehmer vor Probleme. Zum Beispiel weil die Berechnungsweisen nicht einheitlich sind: Manchmal gilt die Kopfzahl, manchmal das Vollzeitäquivalent. Mittlerweile stellen sich erste Ansätze für Verbesserungen ein. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist ein Bürokratienentlastungsgesetz vorgesehen, mit dem die große Koalition Grenz- und Schwellenwerte in den einzelnen Rechtsbereichen überprüfen und vereinheitlichen will. Zudem sollen die Statistikpflichten weiter verringert werden.

BWHT und Umweltministerium haben Gesprächsbedarf

Der Baden-Württembergische Handwerks-tag und Landesumweltminister Franz Untersteller sind sich uneins: Während der BWHT eine Studie als zuverlässige Datenbasis zur Sanierungsquote im Land fordert, weist Untersteller dieses Ansinnen zurück. Mit einer teuren Studie käme man weder bei der Gebäudesanierung voran noch den Klimaschutzziele näher, so der Minister. Mitte April sollen diese Unstimmigkeiten nun in einem gemeinsamen Gespräch erörtert und ausgeräumt werden.

Volks- und Raiffeisenbanken: Kein Strafzins fürs eigene Geld

Es war ein gutes, ein solides Geschäftsjahr 2017, von dem Präsident Roman Glaser auf der Pressekonferenz des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes (BWGV) berichtete. Bei Einlagen, Krediten und Mitgliederzahlen wurden deutliche Zuwächse verzeichnet. Während manche seiner Kollegen auf Bundesebene wegen der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank über eine Anpassung der Gebührenpolitik nachdenken, versicherte Glaser zumindest, das Institut werde keine Strafzinsen für Gelder auf den Kundenkonten verlangen. Die Ertragslage der Volksbanken und Raiffeisenbanken war trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen mit der Niedrigzinspolitik noch zufriedenstellend: Das Betriebsergebnis vor Risiko verringerte sich 2017 um 2,7 Prozent auf knapp 1,25 Milliarden Euro. Dahinter standen ein um 1,8 Prozent gesunkener Zinsüberschuss von 2,85 Milliarden Euro sowie ein um 6,9 Prozent gestiegener Provisionsüberschuss von einer Milliarde Euro. Bei den Einlagen in Höhe von 119,2 Milliarden Euro (+3,8 Prozent) und den Krediten an Privatpersonen und Unternehmen auf 96,3 Milliarden Euro (+5,7 Prozent) wurden deutliche Zuwächse verzeichnet. Als Jahresüberschuss erwarten die baden-württembergischen Genossenschaftsbanken 479 Millionen Euro (+18 Prozent). Glaser: „Keine Volks- und Raiffeisenbank im Land schreibt rote Zahlen.“

Impressum

Verantwortlich: Oskar Vogel
Redaktion: Eva Hauser
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart
Tel. 0711/263709-105
E-Mail: ehauser@handwerk-bw.de



Die Maler Giese GmbH ist Vorreiter in Sachen digitaler Arbeitskoordination und -planung: Mit „FiliTime – Digitale Planntafel“ hat der Betrieb sogar eine eigene Software entwickelt. Foto: BWHT

Digitalisierung: Oft sind Anstöße von außen notwendig

Digitalisierungsscheck des Handwerks liefert erste Ergebnisse

Das im Januar 2017 an den Start gegangene Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Stuttgart kann eine positive Zwischenbilanz ziehen: „Die Handwerksbetriebe nehmen die Angebote des Kompetenzzentrums sehr gut an. Im ersten Projektjahr konnten bereits rund 60 Digitalisierungsschecks durch die BWHM GmbH sowie 34 weitere durch die Innovationsberater der baden-württembergischen Handwerksorganisationen durchgeführt werden, erklärt Oskar Vogel, Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Handwerks (BWHT). Zudem lägen dem Kompetenzzentrum für das zweite Jahr zum jetzigen Zeitpunkt schon 40 neue Anfragen vor.

Der Digischeck als Ausgangspunkt

„Der Digitalisierungsscheck bildet für die Betriebe einen ausgezeichneten Einstieg. Er liefert einen ersten Überblick zum derzeitigen Digitalisierungsgrad sowie zu Bereichen mit erhöhtem Handlungsbedarf“, erklärt Florian Jentsch, Projektleiter des Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrums Stuttgart.

Das vom Heinz-Piast-Institut für Handwerkstechnik im Rahmen des Projekts „Kompetenzzentrum Digitales Handwerk“ entwickelte Analysewerkzeug untergliedert sich in fünf Kategorien: Prozesse, Geschäftsmodelle, Mitarbeiter, IT-Sicherheit sowie Kunden und Lieferanten.

Da nicht in jedem Kontext alle Digitalisierungsmaßnahmen sinnvoll sind, bedeutet die Abwesenheit digitaler Lösungen nicht zwangsweise ei-

nen Digitalisierungsbedarf. Um Zeit und Geld am produktivsten einzusetzen, wird ein Digitalisierungsindex zugrunde gelegt, der Werte zwischen 1 (niedrig) und 5 (hoch) annimmt.

Der Digitalisierungsgrad der Handwerksunternehmen in Baden-Württemberg liegt bei 2,7 von 5 Punkten und damit leicht unter dem von Nichthandwerksunternehmen. Vermutlich ist dies auf die geringere durchschnittliche Betriebsgröße zurückzuführen – größere Betriebe sind schlichtweg stärker digitalisiert. Ein Ergebnis, das mit der Tatsache einhergeht, dass solche Unternehmen über mehr Ressourcen für strategische Investitionen verfügen.

Wo muss nachgebessert werden?

Digitale Tools, mit denen Kunden Produkte und Dienstleistungen online bewerten können, werden in baden-württembergischen Handwerksbetrieben bislang selten eingesetzt. Ebenso ist ein hoher Handlungsbedarf bei der digitalen Koordination und Planung von Arbeitseinsätzen, der Nutzung von Clouddiensten sowie der Mitarbeiterschulung im Bereich IT-Sicherheit ersichtlich. Ähnlich verhält es sich beim Einsatz von mobilen Endgeräten und der Einführung innovativer Technologien wie 3D-Druckern, Virtual-Reality-Anwendungen oder Datenbrillen. Obwohl die Betriebsinhaber solche Technologien als besonders relevant einschätzen, schreitet ihre Einführung eher langsam voran.

„In Gesprächen mit Betriebsinhabern hat sich herausgestellt, dass häufig technologische Anstöße von Dritten erforderlich sind, um solche Veränderungsprozesse überhaupt in Grundzügen anstoßen zu können“, erklärt Jentsch. Dies deutet auf einen möglichen Technologietransferbedarf hin, der durch die Handwerksorganisationen oder die geförderten Landes- und Bundesprojekte erbracht werden könnte.

Beim Thema digitale Geschäftsmodellinnovationen zeigt sich hingegen, dass die gecheckten Handwerksbetriebe deren Notwendigkeit bisher noch nicht vollständig erkannt haben – sie stuften die Relevanz einer Veränderung oder Anpassung des aktuellen Geschäftsmodells eher niedrig ein. BWHT-Hauptgeschäftsführer Vogel gibt zu bedenken, dass gerade volle Auftragsbücher Geschäftsmodellinnovationen häufig verhindern: „Angesichts gut laufender Tagesgeschäfte bleibt in der Regel keine Zeit zur vertieften Selbstreflexion. Veränderungsnotwendigkeiten werden deshalb nicht in Gänze erkannt. Doch gerade in diesen Zeiten – das muss den Handwerksbetrieben klar werden – sollte man gezielt Maßnahmen zur Zukunftsorientierung oder Neuausrichtung des eigenen Unternehmens betreiben.“

Für Handwerksbetriebe ist der Digitalisierungsscheck im Rahmen des Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrums Stuttgart kostenlos.

■ **Interessierte Betriebe** können sich unter Tel. 0711/263709-161 oder digischeck@handwerk-bw.de an Projektleiter Florian Jentsch wenden

Nur kein erneutes Scheitern

Steuerliche Absetzbarkeit energetischer Sanierungsmaßnahmen muss kommen

„Die langjährige Forderung des Handwerks nach der steuerlichen Absetzbarkeit Energetischer Gebäudesanierungsmaßnahmen ist im Koalitionsvertrag verankert, das ist erfreulich“, erklärte Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold anlässlich des Energiepolitischen Gesprächs zur Energiewende in Baden-Württemberg. Nun brauche es aber eine konsequente Flankierung im Bundesrat durch die Landesregierung. Denn die Erfahrung habe gezeigt: „Papier ist geduldig.“

Reichhold forderte darüber hinaus eine gemeinsame Informationskampagne des Landes mit dem Handwerk. EnEV, EEG, E-WärmeG, Messstellenbetriebgesetz und vieles mehr – der Bürger fühle sich überfordert: „Anstatt die Energiewende dirigistisch zu verordnen und dem Handwerk die Überbringung der negativen Botschaft der gesetzlichen Pflichten zu überlassen, müssen die komplexen gesetzlichen Regelungen nachvollziehbar erklärt werden“, sagte Reichhold. Nur so könnten bei-



Steht im Koalitionsvertrag: die steuerliche Absetzbarkeit energetischer Gebäudesanierungsmaßnahmen.

Foto: Thorben Wengert/pixelio

spielsweise parallel zu den Pflichten des E-WärmeG und dem Nutzen für den Klimaschutz positive Aspekte wie Behaglichkeit durch Dämmung, gesundes und komfortables Raumklima in einer wertgesteigerten Immobilie kommuniziert werden. Sich stattdessen auf eine neue Steuerdebatte über eine CO₂-Bepreisung zu fokussieren, bringe die Energiewende nicht weiter und verstärke die negative Wahrnehmung.

Reichhold erinnerte daran, dass in der vergangenen Legislaturperiode die Absetzbarkeit energetischer Sanierungen zunächst im Nationalen

Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) gestanden habe. Sie sei aber an der Umsetzung gescheitert und wurde gestrichen. „Wenn wir den Sanierungsstau wirksam beheben wollen, können wir uns ein erneutes Scheitern nicht leisten.“ Dieser Hebel biete die Chance, wirksame Anreize statt wahrgenommener Verbote zu schaffen. Der Handwerkstag nehme die Landesregierung bei ihrem Wort, diese für die Wärmewende zentrale Maßnahme aktiv zu unterstützen, wie sie es in ihrem grün-schwarzen Koalitionsvertrag angekündigt hat.

jn/eh

Die Politik ist in der Pflicht

Fahrverbote im Land: Handwerk fordert Ausnahmen

„Jetzt ist die Politik in der Pflicht, Wort zu halten bei den Ausnahmeregelungen für das Handwerk“, kommentiert Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Es stehe außer Frage, dass der Wirtschaftsverkehr Ausnahmen brauche, sonst gebe es Stillstand auf Baustellen, defekte Heizungen könnten nicht repariert werden und der Kunde warte vergeblich auf seinen Elektriker. Versäumnisse der Politik dürften nicht auf dem Rücken der Handwerksbetriebe ausgetragen werden.

Das Urteil werfe viele Fragen für die praktische Umsetzung von Fahrverboten auf, sagte Reichhold. Allein damit werde schon deutlich, dass Fahrverbote nicht der Weisheit letzter Schluss seien. „Wir brauchen jetzt schnellstmöglich Rechts- und langfristige Planungssicherheit.“ Diese

müssten darüber hinaus unbürokratisch realisiert werden.

Im vorliegenden Entwurf des Luftreinhalteplans der Stadt Stuttgart soll der Lieferverkehr und damit das Handwerk von einem Fahrverbot nicht betroffen werden. Aus Sicht des Handwerks gehen die zahlreichen Ausnahmeregelungen aber nicht weit genug. Ursprünglich war eine Geltungsdauer von acht Jahren zugesagt, jetzt plötzlich sollen es nur vier Jahre sein. „Da müssen wir eine dicke Kröte schlucken, denn unsere Investitionszyklen fallen damit nahezu unter den Tisch“, zeigte sich Reichhold enttäuscht. Umso wichtiger sei es, regionale Unterschiede in der landeseinheitlichen Ausnahmekonzeption zu berücksichtigen. Reichhold: „Wir werden nicht zulassen, dass in Stuttgart Fakten für ähnliche Fälle geschaffen werden.“

jn/eh

Wirtschaftspolitisch fahrlässig

Handwerk kritisiert Unterrichtsdefizit

Der Baden-Württembergische Handwerks-tag (BWHT) ist unzufrieden mit der Situation an den beruflichen Schulen im Land. „Die Anzahl ausgefallener Stunden übersteigt jedes tolerable Maß“, moniert Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold. Der Unterrichtsausfall ist seit Jahren massiv angestiegen, bei den beruflichen Schulen erreicht er mit 5,4 Prozent den höchsten Wert aller Schularten – dies geht aus der Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg zu einem Antrag der SPD-Landtagsfraktion hervor.

Ein Jahr zuvor lag er noch bei 4,5 Prozent. Über alle Schularten hinweg fanden 2017 insgesamt 3,6 Prozent der Unterrichtsstunden nicht statt, ein Jahr zuvor waren es 3,2 Prozent. 2011 belief sich der Ausfall noch auf 2,8 Prozent. Mit Nachdruck fordert Reichhold eine Aufstockung der De-

putate. Eine verlässliche Unterrichtsversorgung in den beruflichen Schulen bilde die Grundlage für eine duale Ausbildung auf hohem Niveau und leiste einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Fachkräftebedarfs. Weniger Unterrichtsausfall sei eine der Voraussetzungen dafür, die Ausbildungsziele zu erreichen. Dies sei im gemeinsamen Interesse von Auszubildenden, Betrieben und Schulen. „Alles andere wäre nicht nur bildungspolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch fahrlässig“, sagte Reichhold.

Dass auch an den Gymnasien des Landes überdurchschnittlich viele Stunden ausfallen – auch hier wird der Höchstwert von 5,4 Prozent erreicht – mache die Sache nicht besser. „Ganz im Gegenteil. Gerade im Handwerk brauchen wir qualifizierte Bewerber beider Bildungswege.“

jn/eh



2017 fielen in Baden-Württemberg 5,4 Prozent der Berufsschulstunden aus.

Foto: Manfred Jahres/pixelio

Gespaltener Automarkt

Jahresbilanz: Kfz-Gewerbe hofft auf Stabilität

Trotz der Diskussionen um Fahrverbote und blaue Plaketten ist das Kfz-Gewerbe 2017 mit einem blauen Auge davongekommen“, zog Harry Brambach, Präsident des Verbandes des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg, bei der Jahrespressekonferenz des Verbandes in Stuttgart Bilanz. „Mit 23,9 Milliarden Euro blieb der Anteil des baden-württembergischen Kraftfahrzeuggewerbes am Gesamtmarkt rund ums Auto gegenüber dem Vorjahr stabil. Für 2018 rechnet das Kraftfahrzeuggewerbe in Baden-Württemberg mit einem leichten Wachstum bei den Neuzulassungen auf rund 480.000 Pkws. Die Entwicklung auf dem Gebrauchtwagenmarkt sei ohne Kenntnis der Regierungsentscheidungen in Sachen Fahrverbote nicht seriös vorherzusagen. „Wir hoffen auf Stabilität, aber die Regierung hat es in der Hand“, sagte Brambach.

Von einem „gespaltenen Automarkt“ spricht der Verbandspräsident mit Blick auf die unterschiedliche Entwicklung bei den Diesel-Pkws auf der einen Seite und den Benzi-

nern sowie weiteren Antriebsarten auf der anderen Seite. Dabei dürfe allerdings nicht vergessen werden, dass die Dieseldebatte nicht nur negativ gewesen sei. Sie habe beispielsweise über die Umstiegsprämien der Hersteller auch den Verkauf von neuen Pkws beflügelt. Der Austausch von schadstoffreicheren gegen schadstoffärmere Autos, sprich die Flottenerneuerung, sei dabei ein Baustein, den das Kraftfahrzeuggewerbe von Anfang an als gutes Mittel zur Vermeidung von Fahrverboten befürwortet habe.

Gespalten sei der Automarkt aber auch deswegen, weil sich das Kfz-Gewerbe diesen Markt im Gebrauchtwagenbereich mit privaten Käufern und Verkäufern teilt. Alle Bereiche zusammengenommen lag der Gesamtumsatz im Automarkt im Südwesten bei 31,6 Milliarden Euro. Er ist um 1,7 Prozent gewachsen. Der Anteil des Kfz-Gewerbes lag bei 75,8 Prozent oder 23,92 Milliarden Euro. „Damit wurde der Vorjahreswert von 23,94 Milliarden nur minimal verfehlt“, sagte Brambach.

jn